

Professor Bernd Lucke und die Europhobie (Teil 2)

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 06.03.2014

Der [erste Teil dieses Beitrags](#) endete mit der Kritik an dem Abschnitt von [Bernd Luckes Vortrag](#), in dem die angebliche Wechselkursflexibilität einiger osteuropäischer Staaten als Ursache für deren starkes Exportwachstum ausgemacht wird. Natürlich gibt es osteuropäische Staaten, deren Wechselkurse gegenüber dem Euro stark schwanken wie etwa Polen, die Tschechische Republik oder Ungarn. Und diese Staaten haben durch starke Abwertungen ihrer Währungen auch immer wieder Exportschübe erhalten – so wie sie zuvor durch spekulationsbedingte Aufwertungen massiv in Handelsbilanzdefizite getrieben worden sind.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Erkenntnis, dass vollkommen flexible Wechselkurse eher Probleme schaffen als lösen. Wechselkurse sollten dem Ausgleich internationaler Inflationsdifferenzen dienen, damit keine großen Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit von Staaten entstehen. Nur – und das ist der springende Punkt, zu dem Bernd Lucke kein einziges Wort verliert – tun das flexible Wechselkurse keineswegs von allein: Wegen [carry trades](#) sind sie oft über lange Zeiträume verzerrt, leisten der Bildung von spekulativen Preisblasen Vorschub und schädigen so die Realwirtschaft. Ohne die Anpassungsmöglichkeiten, die Wechselkurse prinzipiell bieten, ist es – da hat Bernd Lucke durchaus recht – schwer, einmal entstandene Inflationsdifferenzen zwischen Ländern mit gemeinsamer Währung zu korrigieren. Daraus aber abzuleiten, dass alles in Sachen Außenhandel und Leistungsbilanz, also Verschuldung von Staaten untereinander, reibungslos laufe, wenn nur jedes Land seine eigene Währung habe, ist falsch. Das zeigen auch aktuell wieder die Wechselkursstürbungen, die die Schwellenländer ergriffen haben.

Am einfachsten wäre es natürlich, wenn alle Länder auf der Welt, egal welche Währung sie haben, auf Dauer immer ungefähr gleiche Inflationsraten realisieren würden. Dann gäbe es keine übermäßigen Zinsdifferenzen. Dann wäre auch eine Zusammenarbeit der nationalen Notenbanken einfach, um allen Zins- und Devisen-Spekulanten das Handwerk zu legen. Doch solange sich nicht einmal das größte Mitglied eines Verbunds industrialisierter westeuropäischer Staaten, nämlich Deutschland, nach einer Einigung auf ein gemeinsames Inflationsziel innerhalb eines gemeinsamen Währungsraums an diese Einigung gebunden fühlt, ja kaum in der Lage zu sein scheint, dieses Thema als Knackpunkt für die Stabilität der gemeinsamen Währung zu begreifen, ist es wohl eine Illusion, auf

Einsicht in noch größerem internationalen Maßstab zu hoffen. Bernd Lucke trägt jedenfalls mit seinem Pauschalurteil, flexible Wechselkurse seien auf jeden Fall besser als eine gemeinsame Währung, nicht zu mehr Verständnis in Sachen internationaler Kooperation oder gar Ideen zur friedlichen Lösung der Eurokrise bei.

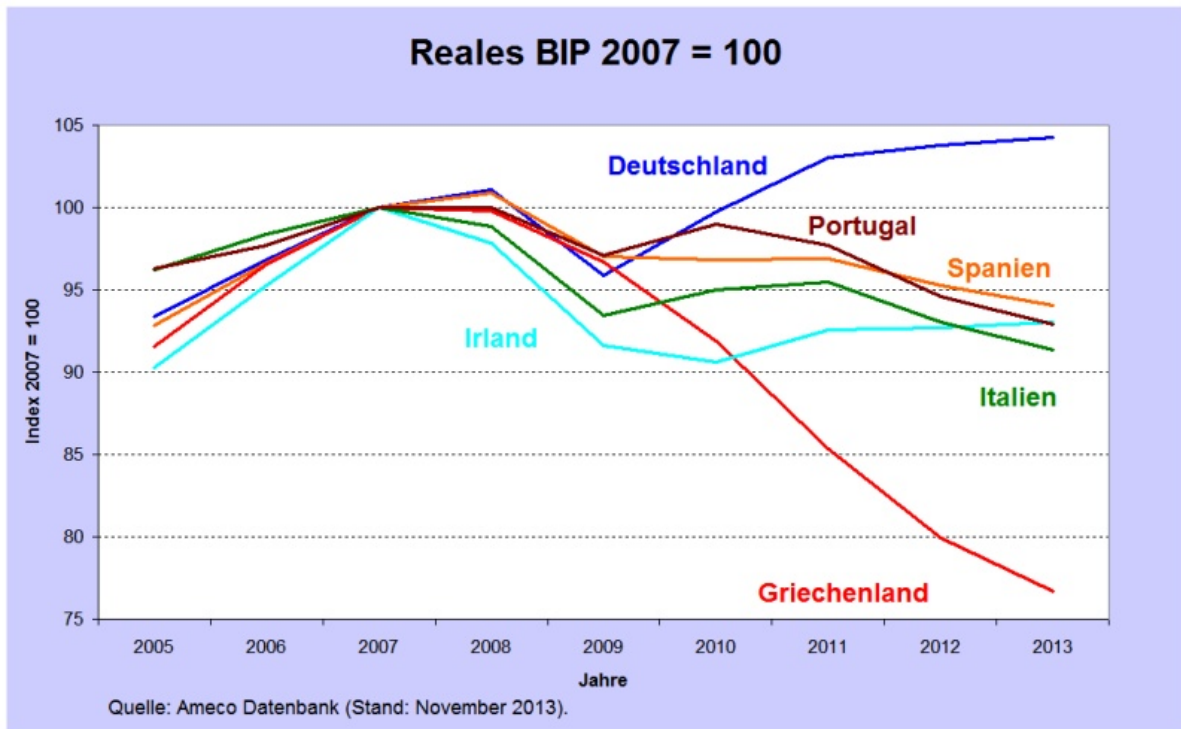
Darüber hinaus ist der Vergleich des Exportwachstums zwischen den ärmeren Euro-Ländern in Südeuropa und den ärmeren Nicht-Euro-Ländern in Osteuropa, wie er ihn vornimmt, aus zwei weiteren Gründen unseriös. Zum einen hatten die Länder Osteuropas einen ganz anderen Nachholbedarf, sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in die internationale Arbeitsteilung einzuklinken, von der sie zuvor jahrzehntelang ausgeschlossen waren. Kein Wunder, dass dort die Wachstumsraten der Ausfuhren eine ganz andere Dimension angenommen haben als in Ländern wie Spanien oder Portugal, die schon über viele Jahre am Handelsaustausch mit dem Rest der Welt teilnehmen konnten.

Zum anderen ist das Argument des vergleichsweise stärkeren Exportwachstums der ärmeren Nicht-Euro-Länder gegenüber den ärmeren Euro-Ländern zusätzlich abwegig, solange die Importentwicklung ignoriert wird, wie es Bernd Lucke leider tut. Sieht man sich die Einfuhren an oder gleich die Leistungsbilanzsalden dieser Staaten, zeigt sich nämlich, dass in den ärmeren Nicht-Euro-Ländern nicht nur die Exporte enorm zugelegt haben, sondern auch die Importe, wie das bei einem Wechsel von der handelspolitischen Isolation hin zur Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung nicht verwunderlich ist. Viele dieser Länder importierten übrigens noch sehr viel mehr, als sie beim Export zulegten, so dass sie in massive Leistungsbilanzdefizite hineingerieten.

Diese Defizite können sich mit denen Südeuropas durchaus messen: Bulgarien wies vier Jahre lang (von 2005 bis 2008) Defizite im *zweistelligen* Prozentbereich (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) auf, Estland schaffte das sogar sechs Jahre hintereinander (von 2002 bis 2007), Lettland immerhin über fünf Jahre (2004 bis 2008) und Litauen drei Jahre lang (2006 bis 2008). In Portugal war diese Größenordnung der Defizite sechs Jahre in Folge erreicht, in Spanien hingegen überschritt das Defizit nie die Zehn-Prozent-Marke. Was also bleibt unter diesen Gesichtspunkten von dem empirischen 'Beleg', wie gut es den ärmeren Ländern ohne den Euro ausweislich ihres Exportwachstums ergangen sei, übrig? Unserer Ansicht nach: nichts.

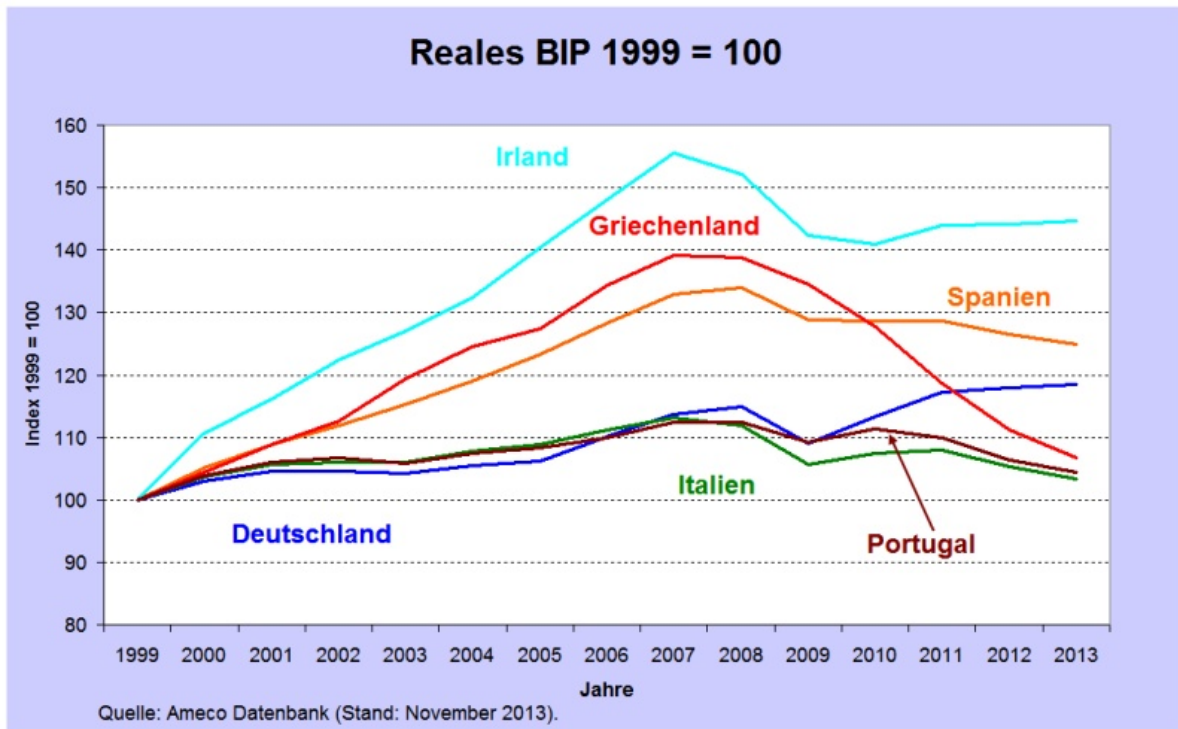
Bernd Lucke fügt für die umgekehrte Behauptung, dass es den ärmeren Ländern *mit* Euro schlechter ergangen ist als den reicheren Euro-Ländern, noch einen weiteren Nachweis anhand von Daten an: Er betrachtet die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts der südeuropäischen Euro-Staaten im Vergleich zu Deutschland und stellt fest, dass sie alle gegenüber Deutschland zurückgefallen sind. Dafür wählt er 2007 als Basisjahr, ab dem die Wachstumsraten miteinander verglichen werden (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3



Das Ergebnis dieses Vergleichs ist beeindruckend: Griechenland hat fast ein Viertel seiner Wirtschaftskraft eingebüßt und liegt damit um mehr als ein Viertel in der Entwicklung hinter Deutschland zurück. Nimmt man aber das Jahr 1999, also den Startzeitpunkt der EWU, als Basisjahr, fällt der Vergleich ganz anders aus (vgl. Abbildung 4): Erst 2011 ist das von 1999 an kumulierte Wachstumsergebnis Griechenlands so traurig wie das deutsche und erst danach fällt es (nach von der Troika erzwungener Deflationsspirale) unter die deutsche 'Erfolgsbilanz'. Spaniens Wachstumsgeschichte liegt, von 1999 an betrachtet, sogar noch im Jahr 2013 über der deutschen, von der irischen ganz zu schweigen.

Abbildung 4



Wenn man sich das Jahr 2007 in Abbildung 4 ansieht, erkennt man, dass der Wachstumsrückstand, den Deutschland von 1999 an bis dahin kumuliert hatte gegenüber Spanien, Griechenland und Irland, ungefähr maximal ist. Wählt man ausgerechnet dieses Jahr als Basis für den Wachstumsvergleich, kommt Abbildung 3 dabei heraus. Wer nicht mehr die jahrelangen Meldungen im Kopf hat, Deutschland trage innerhalb der EWU-Länder die rote Laterne in Sachen Wachstum, stört sich an Abbildung 3 nicht. Wer sich daran noch dunkel erinnert, der wundert sich vielleicht ein bisschen. Und wer fast täglich mit diesen Zeitreihen umgeht, der muss hier die Frage nach einer bewussten Manipulation stellen. 1999 als Basisjahr hat einen Sinn, wenn es um die Beurteilung von Entwicklungen in der EWU geht, weil ab diesem Jahr alle Gründungsmitglieder auf ihre eigenständige Währung verzichtet haben. Für 2007 als Basisjahr gibt es keine stichhaltige Begründung.

Doch Bernd Lucke ist offenbar um keinen Trick verlegen, seine Abneigung gegen den Euro 'wissenschaftlich' zu untermauern. Ab **Minute 37** behauptet er, gerade seit der Einführung des Euro wüchsen die ärmeren Euro-Länder nicht mehr stärker als die reicheren, was vorher jahrzehntelang der Fall gewesen sei, während es bei den Nicht-Euro-Ländern der EU genau andersherum sei: die reicheren unter ihnen wüchsen langsamer als die ärmeren. Also näherten sich Länder in Europa, die den Euro nicht hätten, wirtschaftlich an, Länder, die den Euro hätten, entfernten sich voneinander. Der Euro spalte daher Europa.

Um das zu belegen, wechselt Bernd Lucke, allerdings ohne die Zuhörer darauf hinzuweisen, von der Betrachtung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der verschiedenen Länder (wie er das zuvor getan hat) auf Pro-Kopf-Werte des BIP. Pro-Kopf-Betrachtungen können durchaus sinnvoll sein. Denn wenn ein Land, sagen wir, um ein Prozent wächst und zugleich ein Bevölkerungswachstum von einem Prozent zu verzeichnen hat, dann sind die Menschen in diesem Land im Durchschnitt nicht wohlhabender geworden.

Dieser Wechsel von der Gesamtbetrachtung auf die Pro-Kopf-Betrachtung kommt Bernd Luckes Anti-Euro-Argumentation entgegen. Denn die Bevölkerung nimmt in den ärmeren Euro-Staaten in dem von ihm zuletzt betrachteten Zeitraum (2003-2013) schneller zu als in den reicheren Euro-Staaten. Das heißt, das Gesamtwachstum der ärmeren Euro-Ländergruppe wird durch die Pro-Kopf-Rechnung stärker nach unten korrigiert als das der reicheren Euro-Ländergruppe, so dass der Abstand beim Wachstumsvergleich zunimmt. Bei den Nicht-Euro-Ländern der EU verhält es sich umgekehrt: die reichere Gruppe verzeichnet den unter allen vier Ländergruppen stärksten Bevölkerungszuwachs, die ärmere Gruppe einen Bevölkerungsschwund. Das verändert den Vergleich der Wachstumsraten tendenziell dahingehend, dass der Abstand zwischen den Nicht-Euro-Länder abnimmt. Auch das passt in Bernd Luckes Argumentationsrichtung.

Nur bleibt es schwer zu erklären, warum ausgerechnet in den Ländern, die arm sind, keinen Euro haben und angeblich deshalb so gut zurecht kommen und so stark wachsen, die Bevölkerung abnimmt. Warum nur wandern Menschen etwa aus dem Baltikum ab, wenn es doch so steil bergauf geht mit den Exporten und der Wirtschaftskraft ihrer Heimatländer?

Doch sehen wir von diesem Detail ab, das nicht so recht in das von Bernd Lucke entworfene Bild von Europa und dem Euro passen will, und wenden uns den Zeiträumen zu, die er einander gegenüberstellt. Zunächst vergleicht er immer ganze Jahrzehnte, also 1960 bis 1970, 1970 bis 1980 usw. Immer wachsen die armen europäischen Staaten durchschnittlich stärker als die reichen, was einen wirtschaftlichen Annäherungsprozess innerhalb Europas bedeutet: Die Armen holen auf.

Nach dem Abschnitt 1990 bis 2000 aber schwenkt Bernd Lucke plötzlich von seinem bisherigen Zeitmuster auf den Zeitraum 2003 bis 2013 um (statt 2000 bis 2010) – weil er, wie er andeutet, die aktuelle Entwicklung einerseits erfassen will und trotzdem andererseits das Zehnjahresintervall beibehalten möchte. Nun ja, wenn man dabei das Wachstum der Jahre 2000 bis 2003 auslässt, kommen natürlich andere Werte heraus, als wenn man diese Jahre berücksichtigt.

In seiner Rechnung wachsen zwischen 2003 und 2013 die reicheren Euro-Länder pro Kopf um 0,9 Prozent jährlich, die ärmeren schrumpfen im Durchschnitt jährlich um ein halbes Prozent. Bei den europäischen Ländern *ohne* Euro nimmt das Pro-Kopf-Wohlstandsgefälle zwischen den Staaten hingegen weiter ab: die reicheren Nicht-Euro-Länder wachsen pro Kopf nur um 0,5 Prozent, die ärmeren holen mit 3,3 Prozent kräftig auf. Daraus wird die klare Botschaft abgeleitet, dass der Euro den jahrzehntelang funktionierenden Prozess des Zusammenwachsens Europas zerstöre.

Zunächst einmal liegt der Einwand nahe, dass es kein Wunder ist, dass die ärmeren südeuropäischen Länder weniger wachsen als die reicheren, seit sie vom Norden ab dem Jahr 2010 im Rahmen der Euro-"Rettungs"maßnahmen in eine tiefe Krise aus Rezession und Deflation gedrängt worden sind. Wenn man dann aber noch genau nachrechnet, was die Auslassung der Jahre 2000 bis 2003 ausmacht, kommt man wieder nicht umhin, einen Versuch der Meinungsmanipulation zu vermuten.

Wir haben das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf für die vier Ländergruppen reiche und arme Euro-Länder sowie reiche und arme Nicht-Euro-Länder der EU berechnet, wobei wir uns an die Länderauswahl bzw. -gruppierung von Bernd Lucke gehalten haben. Das Ganze betrachten wir für drei verschiedene Zeiträume: einmal von 2000 bis 2010, dann von

2000 bis 2013 und schließlich, wie Bernd Lucke, von 2003 bis 2013. Das Ergebnis steht in der folgenden Tabelle:

	durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen BIP pro Kopf in Prozent für den Zeitraum			
	2000 - 2010	2000 - 2013	2003 - 2013	Lucke: 2003 - 2013
reiche Euro-Länder ¹⁾	0.8	0.8	0.9	0.9
arme Euro-Länder ²⁾	0.6	0.1	-0.3	-0.5
reiche Nicht-Euro-Länder ³⁾	1.1	0.8	0.5	0.5
arme Nicht-Euro-Länder ⁴⁾	3.8	3.4	3.2	3.3

¹⁾ Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Finnland.
²⁾ Estland, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Malta, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern.
³⁾ Dänemark, Schweden, Großbritannien.
⁴⁾ Bulgarien, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechische Republik, Ungarn.
Quelle: Ameco Datenbank (Stand: November 2013).

Schaut man sich den Zeitraum 2000 bis 2010 an (vgl. die erste Spalte in der Tabelle), in den zwar die Finanzkrise fällt, aber noch nicht die Euro-Krisenbekämpfungsmaßnahmen der Troika und ihre Folgen, ändert sich das Muster aus den früheren Jahrzehnten: Die ärmeren Euro-Länder wachsen etwas langsamer (0,6 Prozent) als die reicheren (0,8 Prozent), d.h. die Länder der EWU sind in dieser Zeit ökonomisch betrachtet nicht enger zusammengewachsen, was aber in erster Linie an Italien liegt. Ohne das von vielen innenpolitischen Krisen geschüttelte Italien läge die Wachstumsrate der ärmeren Euro-Staaten doppelt so hoch, nämlich bei 1,2 Prozent und damit klar über der der reicheren Euro-Staaten. Mit anderen Worten: von Italien abgesehen sind die Eurostaaten im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts weiter zusammengewachsen. Insbesondere Spanien und Griechenland wuchsen im Schnitt doppelt so rasch wie Deutschland

Dass die ärmeren Nicht-Euro-Länder deutlich schneller wuchsen (3,8 Prozent) als die ärmeren Euro-Länder, dürfte wie gesagt hauptsächlich an ihrer Ausgangssituation als Transformationsländer liegen. Man könnte es auch das "Wunder der Prozentrechnung" nennen: Von einem sehr schwachen Startpunkt aus (gehen wir als plakatives Beispiel von einem Tageseinkommen von einem Euro aus) nehmen sich Verbesserungen (also z.B. ein Tageseinkommen von zwei Euro) gigantisch aus (das Tageseinkommen hat sich verdoppelt, also eine Steigerung um 100 Prozent erfahren), auch wenn sie absolut betrachtet nur eine Veränderung etwa von 'fast am Verhungern' zu 'hungrig' bedeuten.

Natürlich ist ein schnelleres Aufholen der besonders armen Staaten wie Bulgarien und Rumänien an sich erfreulich. Aber daraus abzuleiten, dass es Staaten wie Portugal und Spanien *dank des Euro* relativ schlechter ergangen ist, hat mit wissenschaftlicher Analyse nichts zu tun.

Bezieht man die Jahre 2011 bis 2013 mit ein in die Berechnung der durchschnittlichen Wachstumsraten (vgl. die zweite Spalte in der Tabelle), stellt sich in der Tat heraus, dass es den ärmeren Euro-Staaten erheblich schlechter ergangen ist (statt 0,6 Prozent jährliches Wachstum im Schnitt nur 0,1 Prozent), während sich die reicheren auf ihrem Niveau halten konnten (0,8 Prozent). Das ist auch nicht anders zu erwarten. Denn in den genannten zusätzlichen Jahren wirkten die Eurokrisen-Bekämpfungsmaßnahmen der Troika: die krisenverschärfende Sparpolitik der

öffentlichen Haushalte und die destabilisierenden Flexibilisierungsreformen, die die Arbeitseinkommen auf einen deflationären Kurs schickten. Die reicheren Euro-Staaten, in erster Linie Deutschland, das das größte Gewicht in dieser Gruppe hat, konnten derweil immerhin von den für sie extrem niedrigen Zinsen profitieren: die Zinslast durch die Staatsschulden sank erheblich. Und natürlich wirkte sich die reale Unterbewertung Deutschlands weiter positiv auf die Exporte aus, was sich in den bekannten Handelsüberschüssen niedergeschlagen hat.

Wechselt man nun auf den von Bernd Lucke gewählten Zeitraum 2003 bis 2013 (vgl. die dritte und vierte Spalte der Tabelle), ändert sich das Bild noch einmal gravierend: Die für Deutschland vergleichsweise schwach gelaufenen Jahre 2001 bis 2003 fallen aus der Betrachtung heraus, was die Durchschnittsrate für die reicheren Euro-Länder um ein Zehntel steigen lässt (0,9 Prozent statt 0,8). Da die Anfangsjahre der EWU umgekehrt für einige der ärmeren Euro-Staaten zu den erfolgreichen gehörten (vgl. nochmals Abbildung 4), verschlechtert sich deren Bilanz automatisch durch den geänderten Zeitraum (von 0,1 Prozent auf - 0,3 Prozent): sie schrumpfen im Schnitt sogar. (Wie Bernd Lucke auf sogar -0,5 Prozent gekommen ist, konnten wir nicht nachvollziehen; vielleicht war seine Datenbasis aktueller als die unsere, die ja noch Schätzwerte für das Jahr 2013 von Seiten der EU-Kommission vom November letzten Jahres enthält.)

Mit diesem Sprung von 0,6 Prozent auf -0,3 Prozent Durchschnittswachstum in den ärmeren Euro-Staaten, der sich allein durch den Wechsel des betrachteten Zeitraums – statt 2000 bis 2010 auf einmal 2003 bis 2013 – ergibt, steht und fällt ein wesentlicher Teil der Argumentation von Bernd Lucke gegen den Euro. Das zeigt wie schon die anderen Beispiele oben, wie man Daten geschickt präsentieren kann, um das eigene Vorurteil mit dem passenden empirischen 'Beweis' versehen zu können. Ein echtes Interesse an Erkenntnissen und sachlichen Schlussfolgerungen aus ihnen besteht hier, so muss man leider vermuten, nicht.

Wir wollen nicht mehr auf die skurrilen Ausführungen zur Pleite von Staaten eingehen (**Minute 50**), wo er sagt, Staaten sollten ruhig pleitegehen, Banken müsse man hingegen in der Regel stabilisieren, und auch nicht, dass beklagt wird (**Minute 55**), dass die Europäische Zentralbank relativ unabhängig ist und das europäische Parlament (genau wie der Bundestag früher in Hinblick auf die Deutsche Bundesbank übrigens auch) keine demokratische Kontrolle ihr gegenüber ausübt.

Gegen eine Demokratisierung der Entscheidungen auf europäischer Ebene ist grundsätzlich nichts einzuwenden, sie wäre in vielerlei Hinsicht begrüßenswert. Nur fragen wir uns, was dabei herauskommt, wenn Politiker wie Bernd Lucke Einfluss erhielten, die sich als fachlich kompetent präsentieren und auch von manchen so wahrgenommen werden, obwohl sie sich, wie hier gezeigt, entweder nicht auskennen oder bewusst Vorurteile schüren und offenbar nichts Konkretes zur Lösung der Eurokrise beizutragen haben.

Bleibe noch anzumerken, dass eine Währungsunion in Europa durchaus sinnvoll und für *alle* Mitglieder fruchtbar hätte sein können, wenn sie von Beginn an vernünftig gehandhabt worden wäre (wie, das kann man z.B. in unserem Buch "Das Ende der Massenarbeitslosigkeit" von 2007 nachlesen); jedenfalls sinnvoller als flexible Wechselkurse (die ohnehin keiner als Ablösung des Europäischen Währungssystems EWS wollte) und auch sinnvoller als feste Wechselkurse.

Über den Autor

Veröffentlicht am: 06.03.2014

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2014/03/professor-bernd-lucke-und-die-europhobie-teil-2/>